

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Döbhoff 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 6 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postfachkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Mißtrauenskomödie in Preußen

Kasper-Theater oder Politik?

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Landtages stand ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen das preußische Gesamtministerium.

Abg. Kasper (Komm.) begründet den Antrag. Die dritte Notverordnung sei ein unerhörtes Verbrechen am werktätigen Volk. Die preußische Regierung trage dafür die volle Verantwortung. Die KPD. würde den revolutionären Kampf dagegen aufnehmen.

Ministerpräsident Braun

(von Kommunisten mit Niederrufen empfangen): Die Kritik des Vorredners richtete sich gegen Reichsgesetze, die die Unterschrift der Reichsregierung und des Reichspräsidenten tragen. Reichspräsident und Reichsregierung tragen die verfassungsmäßige Verantwortung für die Notverordnung und ihren Inhalt. Die preußische Staatsregierung hat an dem Zustandekommen der Notverordnung nicht mitgewirkt. (Großer Lärm bei den Kommunisten, Abg. Frau Ludewig wird von der Sitzung ausgeschlossen, weil sie fortwährend „Lüge“ kreischt.) Die preußische Regierung hat daher auch keine Verantwortung, Stellung zu den einzelnen Bestimmungen der Notverordnung zu nehmen. Sobald sich Bestimmungen dieser Notverordnung in der Praxis als unhaltbar erweisen, wird die preußische Staatsregierung auf Abänderung der Notverordnung hinwirken. Die Antragsteller aber haben offenbar das Bedürfnis, während der Vertagung des Reichstags aus dem preußischen Landtag einen Ersahrsitztag zu machen. Daran mitzuwirken, lehnt die Staatsregierung ab. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit, großer Lärm bei den Kommunisten.)

Abg. Kirchmann (Soz.):

Für die Kommunisten ist es längst eine ausgemachte Sache, daß, wer nicht die neueste Moskauer Linie einhält, ein ausgemachter Lump und Verbrecher ist. Wollten die Kommunisten ernst genommen werden, müßten sie erst aufhören, grob und wild herumzuschimpfen. (Lärm bei den Kommunisten.) Der ganze kommunistische Antrag ruht auf dem Taschenspielertrick, die Regierung Brüning mit der Regierung Braun und die Regierung Braun mit der Sozialdemokratischen Partei durcheinander zu mischen. Wenn nun jedoch festgestellt worden ist, daß die preußische Regierung die Verantwortung für die dritte Notverordnung nicht trägt, ist das Mißtrauensvotum von vornherein hinfällig. (Erneuter Lärm bei den Kommunisten.)

Sie scheinen die Diskussion zu fürchten; sonst würden sie doch nicht brüllen wie im Zoologischen Garten. Die Geschichte der kommunistischen Mißtrauensanträge gegen die Regierung Braun ist ein Kapitel für sich; es gab Zeiten, in denen die kommunistische Fraktion bei Mißtrauensanträgen gegen die jetzige Preußenregierung nicht mitgemacht hat.

Aber offenbar erscheint die heutige furchtbare Zeit den Kommunisten besonders geeignet, die Reaktion in Preußen wieder zur Macht zu bringen.

Es ist nicht die Not der Erwerbslosenmassen, die die Kommunisten hier sprechen läßt. Es ist die Politik des Stahlhelms und der Nationalsozialisten, in deren Dienst sie jetzt den Vorstoß gegen das Kabinett Braun unternehmen. (Großer, anhaltender Lärm bei den Komm.) Auch das kann uns nicht rühren, daß die Hunde heulen, wenn man mit Knäpeln unter sie schmeißt. (Sehr gut.)

Ich stelle also fest: die preußische Regierung hat den Inhalt der Notverordnung nicht zu verantworten, und die Sozialdemokratische Partei lehnt die Verantwortung für diese Notverordnung ausdrücklich ab. Wir anerkennen die Notwendigkeit der Sanierung der Reichsfinanzen. (Wahl bei den Komm.) Käme ihre Katastrophenspolitik zum Erfolg, wären die Arbeiter insgesamt die Opfer. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber die Sozialdemokratie betrachtet zahlreiche Bestimmungen der Notverordnung als außerordentlich unsozial, als im schroffsten Widerspruch zu den Forderungen sozialer Gerechtigkeit stehend. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Der Redner wendet sich dann den einzelnen Bestimmungen der neuen Notverordnung zu.

Die Sitzung dauert fort.

Um ein Hafenzentrum in den Tod.

Mies i. B., 11. Juni.

Eine Gesellschaft junger Burche besuchte die Ruine Wolfenberg bei Tschernschin. Ein 18jähriger Lehrling wollte auf dem Turme ein Hafenzentrum aufpflanzen. Das morsche Gestein gab nach und der Burche stürzte ab. Er blieb mit einem Schädelbruch tot liegen.



Gasmasken am rechten Fleck

Bei dem Erdbeben, das England während der Abwesenheit der deutschen Minister heimlich, ist ein Hauptrohr der Londoner Gasleitung brüchig geworden. Deshalb mußten Arbeiter mit Gasmasken durch Aufreißen der Straßen nach der schadhaften Stelle suchen. So wurden die Gasmasken wirklich gegen — Gas verwendet!

Acht Mann elend erstickt!

Die Ueberlebenden der „Poseidon“-Mannschaft aufgegeben.

London, 11. Juni.

Ueber die Versuche, das in chinesischen Gewässern gesunkene U-Boot „Poseidon“ zu heben, liegen heute morgen keine weiteren Nachrichten vor. Der von verschiedenen Seiten verbreiteten Nachricht, daß acht Mann der Besatzung noch am Leben seien, steht die Londoner Admiralität sehr skeptisch gegenüber. Der im Laufe des gestrigen Nachmittags eingegangene Bericht des englischen Flottenkommandanten in China über die Katastrophe erwähnt jedenfalls nichts von der Möglichkeit, daß sich noch ein Ueberlebender an Bord des gesunkenen U-Bootes befinden könnte.

Flugschriften in der Kaserne.

Soldaten werden durch Kommunisten in Gefahr gebracht.

Fürstenwalde, 11. Juni. (Eigenbericht.)

Die Versuche der Kommunisten, Zerkungsmaterial in die Kaserne der Reichswehr zu bringen, hatten Anfang April bekanntlich zur Verhaftung einer Anzahl kommunistischer Funktionäre und einiger Reichswehrsoldaten geführt. Am Mittwochmorgen wurde nun neuerdings eine Anzahl Exemplare der kommunistischen Zerkungsschrift „Der Rote Reiter“ in der Kaserne des Reiterregiments 9 in Fürstenwalde aufgefunden. Teilweise erfolgte die Zustellung der Zerkungsschrift an Regimentsangehörige durch die Post. Die Absender sind bis jetzt noch unbekannt. Zur Untersuchung sind heute einige Offiziere des Reichswehrministeriums und Beamte der politischen Polizei in Fürstenwalde eingetroffen.

Statsarbeit im Rathaus.

Wichtige Beschlüsse des Haushaltsausschusses.

Im Rathaus wird jetzt an der Verabschiedung des Haushaltsplans mit Hochdruck gearbeitet. Die Arbeiten im Haushaltsausschuß sind bereits erfreulich weit vorangeschritten. Heute vormittag wurden die ersten wichtigen Beschlüsse gefaßt.

Grundsätzlich wurde für den neuen Haushaltsplan festgelegt, daß die Uebertragbarkeit der Etatsmittel und der Positionen mit dem Etatsjahr 1931 durchweg aufzuheben sei, soweit sie nicht ausdrücklich im Etat ausgesprochen wird. Mit Zustimmung der Sozialdemokratie wurden Anträge angenommen, für die Haushaltsberatungen die Wirtschaftspläne der städtischen Gesellschaften dem Haushaltsplan beizufügen, soweit dies bisher nicht geschehen ist, und der Stadtorordnetenversammlung auch fernerhin die Geschäftsberichte und Bilanzen der städtischen Gesellschaften nebst den Prüfungsberichten der Hauptprüfstelle zur Kenntnisnahme zugehen zu lassen.

Bei dem Kapitel Siedlungs- und Wohnungswesen kam ein wichtiger sozialdemokratischer Antrag zur Annahme, in dem auf die Bestimmungen für die Zwangsbewirtschaftung von Wohnungen hingewiesen wird, wonach in den vergangenen Jahren eine erhebliche Anzahl großer Wohnungen auf Kosten der Stadt aufgeteilt und in Kleinwohnungen umgewandelt wurden. Da in der Regel Kleinwohnungen einen geringeren Mietertrag pro Quadratmeter Nutzfläche haben, als Großwohnungen, war die Stadt genötigt, neben den Umbaukosten laufende Mietzuschüsse an die Hauseigentümer zu zahlen. Der Haushaltsausschuß hat nun den Magistrat ersucht zu prüfen, ob nicht die Zahlung solcher Mietzuschüsse eingestellt werden kann. Erneut wurde auf die Beschlüsse der Stadtorordnetenversammlung Bezug genommen, die eine Vorlage über die Zusammenlegung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften vorsehen und umgehend vom Magistrat gefordert wird. Es wurde ferner beschlossen, die im Etat eingeseht Summe von 53 Millionen Mark Hauszinssteuermittel ausschließlich zum Bau von genügend großen hygienisch und bautechnisch einwandfreien Arbeiterwohnungen durch die Stadt zu verwenden. Ueber die Tätigkeit der Wohnungsämter soll ein Bericht vorgelegt werden, um über die Umbildung des Aufgabenkreises der Wohnungsämter mit der Aufgabe der Wohnungspflege Stellung zu nehmen. Durch den Magistrat sollen schließlich die Bezirksämter auf dem Wege der Darlehensgewährung in die Lage versetzt werden, laufende Verpflichtungen aus Einrichtungsarbeiten für Dauerkolonien zu erfüllen.

Totschlag in der Silvesternacht.

Vier Arbeiter auf der Anklagebank.

Die Prozesse über tödlich verkaufene Ausschreitungen radikaler Randys häufen sich in diesem Sommer in fast noch erschreckenderem Maße als im vorigen Jahr. Es ist die graufige Ernte einer blutigen Saat, die im Winter und im Frühling gesät wurde. Vor dem Landgericht I steht der Fall des Nationalsozialisten Reiser zur Verhandlung, der in der Silvesternacht getötet wurde. Angeklagt sind der Kutscher Wilhelm Danielowski, sein Bruder, der Arbeiter Erich Danielowski, und die Arbeiter Fanzelow und Roggoderer. Die ersten drei haben sich wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung, der letzte wegen Totschlages und unbefugten Waffenbesitzes zu verantworten.

In der Nacht vom 31. Dezember 1930 zum 1. Januar 1931 befanden sich Fanzelow, Roggoderer, Wilhelm Danielowski und dessen Braut, bereits stark angeäußelt, auf dem Weg zum Lokal „Am nassen Dreieck“. Am Zionskirchplatz kamen ihnen drei Nationalsozialisten entgegen, und zwar der Maurer Reiser, der Stultkateur Erhardt und der Händler Hoppe. Beide Parteien rochen gewissermaßen schon aus der Ferne, daß sie Gegner seien. Es kam noch Austausch der üblichen Schimpfereien und Kempelchen zu Tauschschellen. Einige Stunden später fand ein Schuppomachmeister im Hause Griebendstraße 10 den Maurer Reiser mit einem Dolch im Schädel. Vier Tage darauf war er tot. Die Anklage behauptet, daß der Arbeiter Roggoderer — dieser allein befindet sich in Haft — den Reiser verfolgte und ihm die Messerflüche verpöbelte.

Die Angeklagten schildern die Vorkommnisse jener Nacht ein wenig anders als die Anklage. Sie bestreiten, die Angreifer gewesen zu sein. Zwar seien sie betrunken gewesen, aber ruhig ihres Weges gegangen, hätten vor sich ein Arbeiterlied gesungen, keineswegs gegrößt, und seien mit dem Heil-Hitler-Ruf begrüßt worden.

Die Nationalsozialisten seien die Angreifer gewesen. Besonders Roggoderer will von einer Schlägerei nichts wissen und auch kein Messer bei sich gehabt haben. Er wird aber vom Angeklagten Fanzelow insofern belastet, als dieser mit Bestimmtheit behauptet, sei ihm ein Messer gesehen zu haben. Roggoderer soll sich auch gerührt haben, er habe einen fertig gemacht: „Junge, daß sah aber.“

Zur Verhandlung ist eine große Anzahl von Zeugen geladen. Als ein Hauptindiz gegen Roggoderer gilt die Tatsache, daß er in jener Nacht eine Seppl-Kleidung getragen haben soll.

Schöner „Kulturbund“!

Der Mann der italienischen „Justizreform“ soll in Berlin sprechen.

Auf Einladung des „Deutschen Kulturbundes“ soll der italienische Justizminister Professor Rocco in der nächsten Woche im Herrenhaus einen Vortrag halten.

In der Ankündigung wird Herr Rocco als „Schöpfer der Verfassung des faschistischen Italiens“ bezeichnet. Das allein wäre alles eher denn ein Ruhmestitel. Darüber hinaus hat er als Justizminister die Justiz in Italien zur Dirne der faschistischen Mord-

Franzens Mißwirtschaft



Franzen: „Mir noch! — Ich stehe schon mitten im Dr... itten Reich!“

und Korruptionswirtschaft degradiert. Seine „Justizreform“ hat die Unabhängigkeit der Richter völlig aufgehoben, die zu blinden Werkzeugen des Regimes degradiert wurden, und den nichtfaschistischen Rechtsanwälten die Ausübung ihres Berufes untersagt.

Von ihm stammen auch die Ausnahmegerichte, die bereits Duzende von Todesurteilen gefällt haben. Er ist mitverantwortlich für die grauenhaften Deportationen nach den subtropischen Mittelmeerinseln, wo neben Demokraten und Sozialisten auch Führer des Südtiroler Deutschtums schmachten, und wo wehrlose Menschen straffrei gepeinigt und mißhandelt werden, weil die sogenannte Justiz des Herrn Rocco ihre schützende Hand über die Henkersknechte hält.

Das ist also der Mann, den ein angeblicher Kulturbund hier, in einem Kulturstaat, als Vortragenden auftreten läßt. Daß er eine solche Einladung annimmt, kann man ihm nicht verdenken, denn er hat alles Interesse daran, Anschluß an die zivilisierte Welt zu gewinnen. Um so schärfer muß das Urteil über die Veranstalter gesprochen werden, die die Würdelosigkeit eines solchen Vortragsabends verschuldet haben.

Stinkbomben gegen den Remarque-Film

Deutsch-böhmische Studenten protestieren auf ihre Art.

Teichon a. d. E., 11. Juni.

Bei der Aufführung des Remarque-Filmes „Im Westen nichts Neues“ warfen fünf junge Studenten der landwirtschaftlichen Hochschule in Liebwerd Stinkbomben. Zwei Frauen wurden dadurch ohnmächtig. Die Vorstellung wurde unterbrochen und die Werfer verhaftet. Sie leugneten, doch fand man bei ihnen die Schachteln und auch Flaschen mit Salzsäure und Zink, eine Lösung, die sehr gefährlich werden kann. Die Vorstellung konnte später fortgesetzt werden. Der Film war schon in den Grenzstädten Reichenberg, Grottau, Barnsdorf, Schluckenau, Rumburg usw. wochenlang bei Massenbesuch gelaufen, ohne daß es zu Störungen gekommen war.

Matteotti-Rede verboten.

Die Reaktion in Holland.

Die für Dienstag vorgesehene Rundfunkrede des Generalsekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes Schopenels über Matteotti wurde durch den Niederländischen Rundfunk-Kontrollausschuß verboten. Das Verbot ist ein beschämendes Armutszeugnis für die Behörden.

Der Parteivorstand der holländischen Sozialdemokratie richtete an die Regierung ein Protesttelegramm, in dem er betont, daß das Verbot eine Verletzung verfassungsmäßiger Rechte sei, die die Regierung zu wahren habe. Der Innenminister erklärte, man habe in der Rede Schopenels eine Gefahr für die Sicherheit des Staates erblickt.

Die Sendegerichte der beiden holländischen Rundfunksender Hilversum und Huizen sind auf vier Sendepereine aufgeteilt, und war auf den Arbeiter-Radio-„Bund „Bara“, auf die katholischen, evangelischen und liberalen Radiovereine. Der staatliche Kontrollausschuß hat nach der königlichen Verordnung, die

Stahlhelm vor Gericht

Zwischenspiel wegen des „Zwischenreichs“

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fand heute der Prozeß gegen die Stahlhelmführer Selbte und Düsterberg und gegen den verantwortlichen Redakteur des „Stahlhelm“, Kleinau statt.

Am 18. Januar d. J. erschien zur 60. Wiederkehr des Reichsgründungstages in der Zeitschrift „Stahlhelm“ ein schwarzweißrot-umrandeter Aufruf der Bundesführung, dessen Ueberschrift lautete: „Kampf dem Zwischenreich“.

„Seit 13 Jahren“, hieß es in dem Aufruf, „lebt das deutsche Volk im nichtdeutschen Zwischenreich, das die völkische, sittliche und kulturelle und auch die wirtschaftliche Grundlage der deutschen Nation völlig zu zerstören droht, habi ihr den Kampf angefangen, um aus dem Geist der Frontkameradschaft und der Volksgemeinschaft das wahre deutsche Reich und die Nation erstehen zu lassen.“

Auf Veranlassung der Republikanischen Beschwerdestelle hat die Staatsanwaltschaft wegen dieser beiden Sätze des Aufrufes gegen die Unterzeichner desselben Selbte und Düsterberg wie auch gegen den verantwortlichen Redakteur Kleinau Anklage erhoben.

Selbte gibt an, er sei vor dem Kriege als Fabrikbesitzer in Magdeburg tätig gewesen, sei Hauptmann der Reserve, habe im Felde seinen Arm verloren und mehrere Auszeichnungen erhalten. Er sei gegenwärtig Fabrikdirektor in Magdeburg und habe im Jahre 1918 aus den damaligen Zuständen heraus gegen die Revolution den „Bund der Frontsoldaten“ gegründet, dessen Vorsitzender er ist. (Da ist Selbte ein klodiger Irrtum unterlaufen. In Wirklichkeit hat er den „Stahlhelm“ sich als eine Art republikanischen Kriegerverein gedacht und sich lebhaft bemüht auch Sozialdemokraten dafür zu gewinnen. Red.)

Es sei beim Stahlhelm üblich, anlässlich bestimmter Ereignisse Bottschaften zu erlassen. Die 60. Wiederkehr des Reichsgründungstages sei solch eine Gelegenheit gewesen. Er nehme kein Wort von jener Bottschaft zurück, er stehe vollkommen auf ihrem Boden.

Düsterberg ist während des Krieges Abteilungschef im Kriegsministerium gewesen. Auch er erklärt, jedes Wort des Aufrufes aufrecht zu erhalten.

Der Angeklagte Kleinau ist bereit, nicht nur formal die Verantwortung zu übernehmen, sondern sie auch für den Inhalt des Aufrufes zu tragen.

Vors.: Wer von den Angeklagten will sich zum Aufruf äußern? Angeklagter Selbte: Ich werde es nach dem Willen des Oberstaatsanwalts tun.

Oberstaatsanwalt Köhler erhält das Wort zu seinem Plädoyer. Er führt aus: Die Angeklagten haben die verfassungsmäßig festgestellte Staatsform überlegt und böswillig verächtlich gemacht. Bei der Strafmessung muß berücksichtigt werden, daß der Stahlhelm im allgemeinen sich von Angriffen wie dieser hier bisher zurückgehalten hat, daß auch kein ähnliches Verfahren bisher gegen ihn anhängig gemacht worden ist. Deshalb bin ich der Auffassung, daß in diesem Falle auf Geldstrafe erkannt werden kann und beantrage gegen die Angeklagten Selbte und Düsterberg an Stelle der an sich verurteilten Gefängnisstrafe von je zwei Monaten eine Geldstrafe in Höhe von je 800 M. und gegen den Angeklagten Kleinau an Stelle der an sich verurteilten Gefängnisstrafe von einem Monat eine Geldstrafe von 400 M.

Sobann spricht der Verteidiger, R.-A. Coerling, der bestrittet, daß der Aufruf eine Beschimpfung der verfassungsmäßig festgestellten Staatsform enthalte. Schließlich verlangt er, daß die Angeklagten nicht zu Geldstrafen, sondern zu Gefängnis verurteilt würden.

Radau auch in Frankfurt

„Revolution“ mit Blumentöpfen — nach bolschewistischer Anweisung

Frankfurt a. M., 11. Juni. (Eigenbericht.)

Im Laufe der gestrigen Nachmittags- und Abendstunden kam es auch in Frankfurt a. M. zu erheblichen Zusammenstößen kommunistischer Demonstranten mit der Polizei. Die Vorgänge sind offensichtlich von der kommunistischen Parteileitung planmäßig organisiert worden. In den Vororten, so in der Friedrich-Ebert-Siedlung, in der Siedlung Frankental, Bodenheim und Höchst, sammelten sich kleine Haufen, die mit Rot-Front-Geschrei und den Rufen „Nieder mit der Regierung Brüning“ oder „Arbeiter, wehrt euch gegen die Roterordnung“ anscheinend die Aufgabe hatten, die Polizei in diese Vororte zu ziehen. Zu gleicher Zeit sammelten sich in der Altstadt größere Massen an, die sich vorläufig in den engen Straßen und Höfen verborgen hielten, sich dann aber gegen 19 Uhr an der Ede-Fahrtstraße und Bapponstraße sammelten, Demonstrationzüge bildeten und der Polizei Widerstand leisteten, als diese die Demonstranten zum Auseinandergehen aufforderte. Die Polizei mußte wiederholt Gewalt anwenden. Die sich Mannschaften auf Bereitschaftswagen in die Innen- und Altstadt fahren, die zunächst größere Ausbreitungen verhindern konnten. Gegen 22 Uhr sammelten sich aber die Kommunisten, die bisher in den Außenbezirken die Polizei beschäftigt hatten, mitten in der Stadt an der Konstablerwache. Der Unfug nahm nunmehr größeren Umfang an. Als die Polizei gegen kommunistische Sprechchöre vorging, wurde aus den Fenstern einzelner Häuser mit Steinen und Blumentöpfen auf die Polizei geworfen, so daß diese jetzt mit den Revolvern in der Hand gegen die Demonstranten vorging. Als auf die Rufe „Fenster zu“ die Steinwürfe fortgesetzt wurden, wurden zahlreiche scharfe Schüsse abgegeben, durch die jedoch niemand verletzt wurde. Die Unruhen dehnten sich bis nachts gegen 12 Uhr aus. Es wurde wiederholt geschossen, jedoch keine Person verletzt. Mehrere Demonstranten wurden festgenommen.

Blutopfer in Kassel.

Kassel, 11. Juni. (Eigenbericht.)

Die Demonstrationen am Mittagsabend, über die wir schon kurz

berichtet, haben inzwischen Menschenopfer gefordert. Als die Polizei gegen die Demonstranten in der Altstadt vorging, wurde sie aus den Fenstern und von den Dächern mit Blumentöpfen und Dachziegeln beworfen. An einer Stelle der Stadt fielen aus den Reihen der Demonstranten mehrere scharfe Schüsse, durch die ein Polizeibeamter einen Bauchschuß erlitt. Der Beamte ist seinen Verletzungen inzwischen erlegen. Auf die Ergreifung des Täters ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt worden. Der Polizeipräsident beabsichtigt angesichts der Vorgänge in den letzten Tagen ein Verbot von Umzügen unter freiem Himmel.

Mord und Mordheke.

Das Echo der Chemnitzer Blutaten.

Chemnitz, 11. Juni. (Eigenbericht.)

Von den 72 Kommunisten, die im Zusammenhang mit den blutigen Zwischenfällen in Chemnitz anlässlich des Sachsentreffens der Nazis verhaftet worden sind, sind 15 in Haft behalten worden. Sie werden im Laufe des Mittwochs der Staatsanwaltschaft zugeführt. Vier der tödlichen Schüsse abgegeben hat, konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Der Tod der zwei Nationalsozialisten wird von dem völlig im Fahrwasser der Naziblätter schwimmenden „Chemnitzer Tagesblatt“ zu einer unverhüllten Mordheke gegen die Arbeiterschaft ausgenutzt. So schreibt dieses Blatt: „Dieser Vorfall zeigt ganz deutlich, daß die ungeheure Mordheke der Margisten bei dem roten Untermenschenblutige Früchte getragen hat. Die wahren Urheber dieser Mordtat sitzen auch hier in Parteistellen der margistischen Mordfront.“ In dieselbe Kerbe schlägt die Nationalsozialistische Partei, Ortsgruppe Chemnitz, die in der Chemnitzer bürgerlichen Presse eine Todesanzeige für ihre beiden getöteten Parteimitglieder veröffentlicht, in der es heißt: „Zwei deutsche Männer mußten wiederum ihr Leben lassen, weil das blut- und ehrbewußte Deutschland heute schutzlos den margistischen Mörderorganisationen ausgeliefert ist.“

Die Polizei ist gegen diese Mordheke bisher noch nicht eingeschritten.

ihn einsetzte, lediglich die Aufgabe, solche Vorträge zu verhindern, die die Sittlichkeit verletzen oder Andersgesinnte tranken könnten. Zu diesem Zweck hat der Kontrollausschuß auch das Recht, die Vorlegung der Manuskripte zu verlangen. Eine politische Zensur liegt nicht in den Befugnissen des Kontrollausschusses.

Bereits vor vierzehn Tagen hat der Kontrollausschuß einen Vortrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Rechtsanwalt Duis verboten, wobei natürlich nur politische Gründe bestimmend gewesen sein können. Auf eine Klage des Arbeiter-Radio-Bundes ist damals der Staat durch einstweilige Verfügung verurteilt worden, das Vortragshonorar, die Send- und Gerichtskosten zu bezahlen. Der Vortrag des Genossen Duis ist danach wieder auf das Programm gestellt, jedoch abermals verboten worden. Auch im vorliegenden Fall ist mit einer solchen Klage zu rechnen.

Das Ende des Münchener Glaspalastes

Selbstentzündung ölgetränkter Lumpen als Ursache.

München, 10. Juni.

Die polizeilichen Erhebungen über die Ursache des Brandes, dem der Glaspalast am 6. Juni zum Opfer gefallen ist, sind zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Der Polizeibericht meldet u. a.:

Die Ermittlungen und Nachforschungen erfolgten in erster Linie in der Richtung auf vorsätzliche Brandstiftung. Bei den eingehenden und umfassenden Erhebungen hat sich bisher nicht der geringste tatsächliche Anhaltspunkt für vorsätzliche Brandstiftung ergeben. Während auf einem Kontrollgang um 2.40 Uhr noch nichts bemerkt worden war, sah um 3.20 Uhr der nächste Wächter bereits zwei Kammern und teilweise auch die Nebenräume brennen. Auch der Feuerwächter des Glaspalastes sah aus den beiden Kammern das Feuer herausfliegen. Um die

gleiche Zeit bemerkten auch verschiedene Personen außerhalb des Glaspalastes Feuer.

Was die Brandursache betrifft, so scheidet Brandentstehung durch Feuerstätten aus. Elektrische Leitungen befanden sich im Glaspalast nicht. Das Gebäude hatte außer Gaslichtbeleuchtung in den Büro- und Nebenräumen keine Lichtanlage. Fahrlässige Brandstiftung durch Rauchen kann nach den Erhebungen nicht angenommen werden. In den Ausstellungsräumen bestand strenges Rauchverbot. Auch den am Abend vorher bis 20% Uhr in der Ausstellung beschäftigten Malern kann irgendwelches unüberlegtes Umgehen mit Licht oder Feuer nicht zum Vorwurf gemacht werden.

Dagegen wurde festgestellt, daß die Maler am Abend vorher nach Schluß der Arbeit in einer der beiden erwähnten Kammern Kesselstoffsäcken auf einem Haufen zusammengelegt hatten, die sie zum Abstreifen von Farbe an einer Holzwand verwendet hatten, die mit einer Mischung aus Firnis und Terpentinöl getränkt worden waren. Nach den vorhergegangenen heißen Tagen war die Hitze innerhalb des Glaspalastes sehr groß. Nachdem im vorliegenden Fall der Aufbewahrungsort der Düllumpen zweifelsfrei auch der Brandherd war und für vorsätzliche Brandstiftung oder sonstige Fahrlässigkeit sich keine Unterlagen ergeben haben, muß Selbstentzündung der ölgetränkten Lumpen als Brandursache angenommen werden. Das vom gerichtlichen Institut erstattete Gutachten ist in Würdigung der vorliegenden Umstände nach Prüfung der Dehnung und des Kesselstoffes zu dem gleichen Ergebnis gekommen.

Schürmann mit der Staatsplakette. Die badiische Staatsregierung hat dem früheren amerikanischen Botschafter in Berlin, Schürmann, in Anerkennung seiner Verdienste um das Zustandekommen des neuen Heidelberger Universitätsgebäudes die badiische Staatsplakette verliehen.

„Eiserner Dienst für den Staat“

Severings Mahnung an die Landjäger.

Heute vormittag begann im Lehrervereinshaus der Verbandstag des Verbandes Preussischer Landjägerbeamter, der durch eine Rede des preussischen Innenministers, Genossen Severing, eingeleitet wurde. Dem Verband gehören die meisten preussischen Landjägerbeamten an.

Genosse Severing führte aus: Durch meine Anwesenheit soll der ernste Charakter der heutigen Zeit unterstrichen werden. Nicht nur als Ihr Vorgesetzter, sondern als Ihr Kollege stehe ich vor Ihnen, um der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß die preussischen Landjäger auch in dieser harten Zeit treu zu diesem Staate stehen, zur deutschen Republik. Die heutige Notzeit ähnelt der vor hundert Jahren, jenen Zeiten, die Preußen zwischen 1806 und 1815 und nachher durchgemacht hat. Glücklicherweise sind derart trübe Zeiten auch im Leben der Völker selten. Das ist natürlich kein Trost, mein Hinweis auf die Vergangenheit soll nur zeigen, daß auch solche trüben Zeiten überwunden werden, wenn das Land über die geeigneten Männer verfügt. In unserem demokratischen Staat kommt es allerdings nicht bloß auf ein paar Führer an, sondern darauf, daß eine recht breite Schicht zu finden ist, die bereit und geeignet ist, durch höchstes Verantwortungsgesühl gegenüber dem Staate die Not zu überwinden.

Ich halte es für meine Pflicht, hier vor aller Öffentlichkeit zu sagen, daß die preussische Landjäger zu dieser Schicht gehören will. Sie werden treu Ihre Pflicht erfüllen, wenn man Sie auch beschimpft; sind Sie die Kleinen „Blutbunde“, so geiste ich als der „Generalliebhund“.

Gegen diese Beschimpfungen setzen wir unser gutes Gewissen und etwas Humor. Wir haben in diesen Krisenzeiten unsere Pflicht und Schuldigkeit zu tun, und es wäre daher falsch, sofort zum Schleppriegel zu greifen, es wäre aber auch falsch, Aufwächter gegenüber mit Lavendel und Thymian vorzugehen. Nachsicht gegenüber Redensarten, keine Nachsicht gegenüber jenen, die durch Taten ein vollständiges Chaos herbeiführen wollen. Ich brauche keine neuen Dienstvorschriften zu erlassen, Sie selbst wissen, in welcher Situation Sie von den ernstesten Mitteln Gebrauch zu machen haben. Wir werden noch längere Zeit mit diesen schwierigen Verhältnissen zu rechnen haben. Es ist noch nicht abzusehen, wie lange wir noch in dieser Lastfolge wandern müssen. Ich wünsche nur, daß es den Besprechungen in Chequers gelungen sein möge, den ersten Schritt zur Loderung unserer Verpflichtungen und damit zur Förderung der europäischen Verständigung zu tun. Allerdings, ohne Abbau der Zollmauern ist an eine Erleichterung der europäischen Wirtschaftslage nicht zu denken.

Als das aber braucht Zeit und bis zu dem Augenblick, in dem es besser wird, heißt es, die Nerven zu behalten! Das heißt,

eiserne Dienstleistung für den Staat.

Wenn Sie auch mit der Art der Gehaltskürzung nicht einverstanden sind, und wenn Sie mit diesen anderen Schichten des deutschen Volkes der Meinung sind, daß die letzte Notverordnung viele unsoziale Bestimmungen enthält, so darf doch, wie immer auch sich die endgültige Gehaltskürzung auswirken sollte, kein Zweifel an der Erfüllung Ihrer Pflicht entstehen. Was ich tun kann, um die von Reich wegen angeordnete Gehaltskürzung für die preussische Polizei auszugleichen, will ich tun. Ginge aber erst einmal der Gedanke an die Zuverlässigkeit der Organe des Staates verloren, dann läme erst recht der Gedanke an den Staat ins Wanken.

Severing ging im Anschluß an diese Ausführungen auf Organisationsfragen der Landjäger ein.

„Wir schalten um auf Hollywood.“

Capitol.

Herr Paul Morgan kommt nach Hollywood und macht bei den Stars seine Antrittsvisite und sieht nebenbei Aufnahmen, die sich aber hauptsächlich auf Giriparaden beschränken. Die Girls werden außerdem in koloriertem Zustand dem Zuschauer serviert, und die amerikanischen Kolorierungskünste bedeuten keine ungetrübte Freude. Girls sollten endlich aus dem Film verschwinden. Sie verbreiten nur noch Langeweile.

Der Film könnte auch heißen „Stars und Starverehrung“ oder „Stars am häuslichen Herd“ und so ähnlich. Man überrascht Adolphe Menjou bei einem heldenhaften Kampf mit der deutschen Sprache, Ramon Novarro beim Singen eines schmachvollen Liedes. Buster Keaton zeigt das unbewegliche Gesicht und John Gilbert sein schönes, heldenhaftes Profil. Heinrich George probt für den „Alexanderplatz“, während Greta Garbo dem Publikum nur den Anblick ihrer Wille gönnt, einer sehr schönen Wille allerdings.

Mit vorsichtigen Fingern wird etwas von der Schminke der Stars abgewischt. Auch große Menschen haben ihre Schwächen, aber sie bleiben doch in allen Lebenslagen bedeutend. Die Wige, die hier gemacht werden, sterben an Altersschwäche, und die Aufnahmen von Hollywood, etwa von den Kletterstrassen, bewegen sich nur an der Oberfläche. So präsentiert sich das Ganze als eine Angelegenheit, deren Zweck nicht zu erkennen ist. Dabei könnte aus dem Sujet eine hübsche Grotteske entstehen.

Abkommen Reibaro-Koster. Die Abonnentengemeinschaft der Reibaro hat mit den Kosterbühnen einen Vertrag abgeschlossen, wonach ihre Mitglieder in der nächsten Saison zu ermäßigten Preisen Opernvorstellungen im Metropolitantheater und Berliner Theater erhalten.

Ob aus dieser Erweiterung der Reibarogruppe nun alsbald das größte Theaterbüro der Welt werden wird und ob sich weitere Konsumentenorganisationen wie etwa die Kunstfreunde anschließen werden, ist vorerhand reine Zukunftsmusik.

Umenkrankheit unheilbar. Nach Meinung holländischer Botaniker, die auf dem Gebiete der Umenbiologie viele Versuche angestellt haben, ist das Umensterben nicht zu bekämpfen. Die kranken Bäume müssen alle sofort gefällt werden, wobei darauf zu achten ist, daß Holz, Rinde und Laub vollständig an Ort und Stelle vernichtet werden. Der Erreger ist ein kleiner Pilz, der durch ein als Umenkäfer bezeichnetes Insekt übertragen wird. Man will versuchen, experimentell solche Umenarten herauszufinden, die gegen den Pilz fest sind.

Ausstellung des deutschen Buches in Buenos Aires. In Anwesenheit des brasilianischen Präsidenten Uruburu und seiner Minister wurde im Pavillon für schöne Künste in Buenos Aires die „Ausstellung des deutschen Buches“ eröffnet, die vom Börsenverein deutscher Buchhändler im Rahmen des gesamten deutschen Buchhandels veranstaltet wird.

Die Verkaufsführung der „Schönen Lesens“ im Kurfürstendamm-Theater ist auf Montag verlegt worden. Die geübten Karten behalten Gültigkeit, die Karten für spätere Vorstellungen werden an der Kasse umgetauscht.

Julius Ehrlich, der deutsche Dirigent, ist nach der Sommerregierung zum Leiter der russischen Staatsoper in Leningrad ernannt worden.

Christentum und Sozialismus

Eine Aussprache vor dem Mikrophon

Im Programm der Deutschen Welle diskutierten gestern Genosse Wilhelm Sollmann und Lic. D. Rumm über „Christentum und Sozialismus“.

Sollmann wünscht Auseinandersetzung über Christentum und Sozialismus zunächst ohne Berücksichtigung der kirchlichen Gemeinschaften oder des parteigebundenen Sozialismus.

Rumm stimmt zu. Er formuliert die Frage so: Ob biblisches Christentum und marxistischer Sozialismus vereinbar sind.

Sollmann: Mir ist es stets unbegreiflich gewesen, daß christliche Menschen gegen den Sozialismus sein können. Christentum scheint mir dem Sozialismus verwandt.

Rumm gibt die Glaubenssätze seiner christlichen Weltanschauung in dem Bekenntnis zu Christus und zum ewigen Leben.

Sollmann betont, daß hierin doch kein Widerspruch zu Sozialismus und Marxismus liege. Der Marxismus ist eine wirtschaftspolitische und sittliche Lehre. Christliche Weltanschauung hat daneben Platz. Der Freidenker wende sich nicht von der Kirche ab, weil er Sozialist ist, sondern weil seine naturwissenschaftlichen und philosophischen Erkenntnisse ihn zu dieser Weltanschauung geführt haben.

Rumm findet wirtschaftspolitische und sittliche Forderungen zugunsten der Unterdrückten auch im Christentum. Er wendet sich gegen den Begriff „Klassenkampf“ und gegen den Kampf gegen Privatbesitz.

Sollmann klärt ihn auf: Nicht gegen den erarbeiteten Privatbesitz ist der Sozialismus, nur gegen den großkapitalistisch beherrschenden. Das sozialistische Bekenntnis zum Brudertum, zur Solidarität stehe sicher nicht im Widerspruch zum Christentum. Wir wollen den Klassenkampf nicht, er ist da, er ist uns aufgezwungen worden. Der Sozialismus will alle Arbeiter ohne Unterschied ihrer religiösen Stellung zusammenfassen. Auch die christlichen Gewerkschaften, obwohl sie den Klassenkampf grundsätzlich ablehnen, müssen sich mit ihm beschäftigen, müssen ihn für ihre Arbeiterrechte führen.

Rumm gibt das zu. Aber er spricht von der Kampffähigkeit der Organisation, die nicht als Normalzustand gelten dürfe.

Sollmann wiederholt seinen Hinweis, daß auch die Sozialisten nur aus Friedenswillen Klassenkämpfer geworden seien. Er hebt hervor, daß nicht nur in Deutschland viele Befürworter der christlichen Religionen, darunter hunderte von Geistlichen, zur Sozialdemokratischen Partei zählen, sondern daß es ganze Länder mit besond. christlichem Sozialismus gäbe, zum Beispiel England. In Deutschland sind Gegensätze zwischen Christentum und Sozialismus vor allem aber durch die enge Verbundenheit der Kirche mit dem Königtum entstanden. Die Arbeiterschaft mußte sich naturgemäß von solchem Christentum abwenden.

Rumm erklärt, daß es schon vor dem Kriege eine Strömung in der evangelischen Kirche gegeben habe, die die Freiheit der Kirche wollte, daß aber auch heute der neue preussische Kirchenvertrag diese Freiheit noch einenge.

Sollmann: Wenn der preussische Staat einen gewissen Einfluß auf die Kirche behalten will, so doch nur darum, weil sie sich staatsfeindlich betätigt hat.

Rumm gibt das zu, nennt es sanft „Entgleisungen“, die vorkamen und noch vorkommen. Er macht es der Sozialdemokratischen Partei zum Vorwurf, daß von ihren 143 Abgeordneten nur 10 evangelisch und 7 katholisch, die übrigen aber freireligiös seien.

Sollmann: Unsere Abgeordneten bekennen sich dazu, wenn sie keine innere Bindung mehr an die Kirche haben. Aber wenn Sie bei den bürgerlichen Fraktionen nachfragen würden, so wären darunter sicher sehr viele, die sich zwar Christen nennen, die aber nie in eine Kirche gehen oder das Abendmahl nehmen. Andererseits stellen wir es jedem frei, sich zur Kirche zu bekennen. Severing zum Beispiel tut es heute noch, und er hat dadurch als Parteiführer keine Schwierigkeiten gehabt.

Rumm (etwas gedämpft): Natürlich ist die innere Einstellung für das Christentum maßgebend, aber Ihrer Bewegung fehle die Hoffnungsfröhlichkeit, die das Christentum und seine Märtyrer befeelt.

Sollmann: Blutzugungen haben auch die Sozialisten und die Freidenker gehabt. Was wir immer wieder der christlichen Kirche zum Vorwurf machen müssen, ist, daß sie jede scharfe Stellungnahme gegen den mammonistischen Seelenmord vermissen läßt.

Rumm zählt einzelne christliche Wohltäter auf; er findet, daß auch der Kampf gegen geistigen Schund und Schmutz sittliche Tat der Kirche sei.

Sollmann: Die christlichen Persönlichkeiten wollten immer nur den Opfern der kapitalistischen Wirtschaft helfen. Der Sozialismus will die Quellen verstopfen, um solche Opfer zu vermeiden. Wir sind keineswegs gegen Bekämpfung schlechter Literatur. In unserer Jugendbewegung ziehen wir sehr erfolgreich dagegen zu Felde. Zu den heutigen Problemen von „Schund und Schmutz“ stehen wir anders als Sie persönlich; Sie haben aber auch in den christlichen Kirchen eine Menge Menschen, die darin weniger engherzig sind als Sie.

Rumm begeistert sich plötzlich für MacDonald, den er in die Reihe der deutschen christlichen Arbeiterführer stellt. „MacDonald ist ein Gefinnungsfreund von uns.“

Sollmann: Er ist aber sozialistischer Arbeiterführer und Mitglied der Internationale. So steht also nichts dagegen, daß Sie auch beitreten.

Rumm scheint in seinem schwungvollen Schlusswort doch noch nicht völlig bereit zu sein. . . .

Alt-Berliner Ausstellung.

In der Zeit der Bauausstellung und der Bauausstellungen zeigen auch die Berliner Museen eine Ausstellung Berliner Bauten: das Kupferstichkabinett hat in einer sehenswerten Schau die Blätter vereinigt, in denen vom 17. Jahrhundert an die Graphik die schönsten Bauten Berlins vor Augen geführt hat. Die Reihe beginnt zeitlich mit Philipp Uffenbachs Radierung eines Ringelsteichens vor dem Berliner Schloß, jenem Renaissancebau, den sich der Kurfürst Joachim II. durch Caspar Ihnig von 1538 an erbauen ließ. Der alte Graphiker hat 1592 die ganze schmuckreiche Fassade am Schloßplatz vor Augen gehabt. Ein Jahrhundert später, 1695, sieht Bernhard Schulz den großen Plan von Berlin inmitten seiner neuen Befestigung, wie sie der große Kurfürst so stark angelegt hatte. Am Ende des 18. Jahrhunderts, 1780 entstanden die berühmten Blätter Jean Kofenbergs, die kolorierten großen Ansichten heroischerer Strahlenzüge mit ihren Hauptbauten. Ein reizendes Blatt ist jene Droßkennanlage in der Landsberger Straße 19, um 1810 dargestellt; das war ein Privatunternehmen, aber unter privilegiertem Aufsicht, das hier in der hübschen Lithographie seine Führer auf dem Hof zeigt. Eduard Büchner läßt mit seinen Ansichten vom Portal der Universität und vom Eingang zum Schauspielhaus den Geist der Schinkelzeit lebendig werden. Der Amerikaner Joseph Pennell ahmt den Blick von der Stralauer Brücke auf die Innenseite recht seinem Wandbilde an. Die Folgen der Ansichten der neuen Häfen, die Paul Heremann radierete, die Straßenschilder von Georg Fritz sind eine Chronik des im Neu-Berlin bewahrten Alt-Berlins.

Aber lang und schmerzlich ist die Liste alles dessen, was zugrunde gegangen ist und nun hier im Bilde noch einmal gezeigt wird. Das ist der schöne Bau der Akademie, der, als der Zeughausarchitekt Nering ihn als Stallgebäude errichtete, nur einladig war, der dann 1696/1697 für Akademiezwede aufgestockt wurde, 1743 abbrannte, 1749 neuerstand, 1835 von Schinkel umgebaut wurde; Schleusen hat ihn gestochen. Da ist die alte Würge von Heinrich Beng am Werderischen Markt, der Schöpfungsbau des Berliner Klassizismus, 1886 ohne Not abgedröckelt. Da ist das Palais der Gräfin Vichtenau, der Favoritin Friedrich Wilhelms II., gegenüber dem Charlottenburger Park am anderen Spreerfer. Und unsere Verlustliste geht weiter zu Gropius' des Kelterers schönem Diorama, zu Schinkels Posthof am Kupfergraben, zu der monumentalen Durchfahrt von Unter den Einden zur Neuen Wilhelmstraße, gleichfalls einer Schöpfungs Schinkels, die bis in unsere Zeit stand. Um so mehr müssen weitere Verluste des schönen Alt-Berlins in Zukunft nach Kräften verhütet werden.

Menschen gingen vorüber.

Paris, Anfang Juni 1931.

Die Goulu. Zur Zeit hat Paris eine viel besuchte Ausstellung von Gemälden des großen Abenteurers Loulou-Lautrec organisiert. Der Name dieses Malers ist eng mit der Tänzerin Goulu verknüpft, die er vollständig und zum großen Kostenfuß des heute ganz auf den Hund gekommenen Balls Moulin rouge gemacht hat. Die Goulu! Noch heute laufen alte Herren nur in die Gemäldeausstellung, um die Goulu wenigstens noch einmal auf der Leinwand zu sehen. Die Goulu, das war einst vor 30 Jahren die heimliche Kaiserin von Paris. Was ist eine Wirtin gegenüber einer Goulu! Wertwürdig: Beide sind Südbinnen, die berühmteste französische Tänzerin von damals und die berühmteste von heute. Aber die Wirtin kam aus einem armen Mittel, will nicht gern an die Vergangenheit erinnert sein und hat sich zu einer geldgierigen Perle der bürgerlichen Gesellschaft gewandelt, der sie, die

Sechzigjährige, weibliche Verbrechertypen mit der jugendlichen Gewandtheit einer Zwanzigjährigen vortanz, während die Goulu, mit 16 Jahren Wäscherin und mit 17 Jahren Tänzerin, es nur bis zum 40. Lebensjahre auf den Brettern aushalten konnte. Dann begann der Abstieg. Sie wurde Liebhabergüter, Bondonverkäuferin und verdrödete alte Waren. Müde und abgeplagt schleppte sie sich in eine Vorstadtbarade, einst hatte sie einen Palast. Sie starb vor zwei Jahren. Als sie einmal kurz vor ihrem Tode, in Fregen gehüllt, ihren Ball, die Moulin rouge, die sie durch ihren Quadrillentanz berühmt gemacht hatte, in Begleitung einiger Freunde wieder aufsuchen wollte, wurde sie von den Kontrollbeamten infolge ihrer furchtbaren Kleidung hinausgewiesen, und erst die Direktion ihrer widderwillig noch ein letztesmal Zugang zu der großen Stätte ihres Wirkens und ihres Ruhms. Die Goulu ist vergessen. Sie hatte 15 000 Liebhaber, solange sie öffentlich auftrat. Einige gehen noch zur Gemäldeausstellung. Zu ihrem Grabe bequemt sich keiner mehr. Nicht mal ein kleines Gänseblümchen mehr legt jemand von denen auf ihr Grab, die einst Millionen dafür gegeben hätten, mit ihr auch nur einen Blick austauschen zu dürfen.

Die Besiegten. Nur an Séverine denken noch die Menschen, an die große Schriftstellerin und Rednerin, deren Rede für Sacco und Bonzetti ein unvergleichliches Meisterwerk war. Einmal im Jahre besuchen alle großen französischen Schriftsteller, die links stehen, gemeinsam das Grab von Séverine. „Man muß immer die Wahrheit sagen, empfahl Séverine auf ihrem Totenbett. Das tat ich im Gedanken an sie“, lautet der Anfang des Buches „Menschen gingen vorüber...“ von Marcelle Cappy, die eben dafür den Séverine-Preis erhielt. Cappy schildert in ihrem Buche ein kleines französisches Dorf, das vom Krieg überrascht wird. Im Februar 1918 kamen deutsche Besatzene. Man hatte sich geschworen, sie zu baykottieren, aber sie waren auch Menschen, und bald waren Fritz, Franz und Karl im Dorf beliebt. Ein französischer Soldat kam als Kriegsblinder heim, und er gab Franz die Hand: „Ach bin nicht böse auf Sie!“ Als die Deutschen nach Kriegsende das Dorf verließen, trauerten alle ihnen nach. Da verstand man im Dorfe, daß die Menschen nicht dazu geschaffen sind, sich zu hassen und zu verachten, sondern sich kennenzulernen und gemeinsam zu arbeiten. „Hätten die Menschen sich schon früher kennengelernt, so hätten sie nicht im Feuer der Schlachten den Tod gefast, so wären sie nicht getötet und erniedrigt worden.“ Kurt Lenz.

Filmaufnahme der lebenden Zelle.

Ein wichtiger Fortschritt zum Studium des Krebses und anderer Krankheiten ist jetzt durch eine Verwirklichung der Technik gemacht worden, die es gestattet, Filmaufnahmen von dem Wachstum der lebenden Zellen herzustellen. Diese Technik, die an dem New-Yorker Rockefeller-Institut für medizinische Forschung ausgebildet ist, wurde von einem Mitglied des Instituts, Dr. Albert Ebeling, der Amerikanischen Chemischen Gesellschaft vorgeführt. Mit Hilfe dieser Aufnahmen lassen sich jetzt vergleichende Studien des Wachstums der gefunden und der bösartigen Zellen vornehmen. „Was wir hier versuchen“, sagt Ebeling, „ist die Begründung einer neuen Physiologie der lebenden Zelle. Ihre letzte Aufgabe wird darin bestehen, zu ergründen, wie man lebende menschliche Zellen gesund erhält und wie man bösartige Erkrankungen, so den Krebs, bekämpfen kann.“

Die gegenwärtige ungenügende Kenntnis der Elemente des menschlichen Körpers ist nach seiner Ansicht die Folge des grundsätzlichen Irrtums, der darin bestand, daß man nur die Zellform erforscht hat, während man das Studium der Zellfunktion überließ. Deshalb ist man trotz eines fast 100jährigen Studiums der Zelle in der Erkenntnis der Zellkrankheiten noch nicht viel weiter gekommen. Das neue Verfahren bietet nun einen Weg, um die Vorgänge in der lebenden Zelle genau zu erforschen.

Grubenunglück vor dem Landtag

Der Kirchenvertrag in zweiter Lesung angenommen

Zu Beginn der Mittwochsitzung des Landtages sprach Präsident Bartels des neuen Grubenunglücks auf der Zeche Ruben des Neuroder Reviers in Schlesien, das durch einen Kohlenstaubausbruch am Dienstag sieben Bergarbeitern das Leben kostete und wobei vier weitere Bergleute schwer verletzt wurden. Er sprach den Hinterbliebenen und den Verletzten das Beileid des Landtages aus.

Zur Geschäftsordnung beantragt hierauf Abg. Kasper (Komm.) sofort einen Antrag zu verhandeln, in dessen Einleitung von der volksfeindlichen und verbrecherischen Politik des Landtages die Rede ist. Der Antrag schließt: Der Landtag erklärt sich mit sofortiger Wirkung für aufgelöst!

Die Behandlung des Antrages scheitert an Widerpruch aus dem Hause. Kasper beantragt Abg. Sobotta (Komm.) die sofortige Behandlung einer Großen Anfrage seiner Fraktion wegen des Neuroder Grubenunglücks. Da niemand widerspricht, wird die Große Anfrage unter der Voraussetzung auf die Tagesordnung gesetzt, daß sich die Regierung zur Beantwortung bereit erklärt.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Da die Staatsregierung sich inzwischen zur Beantwortung der kommunistischen Großen Anfrage wegen des

Neuroder Grubenunglücks

bereit erklärt hat, erhält das Wort zu ihrer Begründung

Abg. Sobotta (Komm.), der erklärt, daß dieses jüngste Unglück kein Zufall, sondern eine Folge vernachlässigter Grubensicherheit und rücksichtslosen Antriebsregimes sei. Es finde sich kein Richter, der die Schuldigen ins Zuchthaus bringe. Mit dem geübten Mittel des Landtages sei den Opfern nicht gedient. (Präsident Bartels rügt diesen Ausdruck!) Mit diesem System des Bergarbeitermordes durch den Kapitalismus werde die revolutionäre Arbeiterschaft rücksichtslos aufräumen.

Ministerialrat Kolher (von den Kommunisten mit beleidigenden Zurufen empfangen) führt in Beantwortung der kommunistischen Großen Anfrage aus, daß es nicht leicht sei, unmittelbar nach dem Unglück über die Ursache erschöpfende Auskunft zu geben. Es stehe aber fest, daß auf der Rubengrube Erschütterungsschüsse vorschriftsmäßig abgegeben wurden, während sich die Belegschaft hinter den Schießtoren zurückgezogen hatte. Eine Viertelstunde später gingen die dazu bestimmten Bergleute vor, um zu revidieren. Kurz darauf sei die erste Welle über den Kohlenstaubausbruch gekommen. Es waren also zwischen dem Schießen und dem Ausbruch rund 25 Minuten vergangen. Es sei durch die sofort eingeleitete Rettungsaktion gelungen, mehrere gasvergiftete Arbeiter lebend zu bergen. Eine Untersuchung ist sofort eingeleitet worden. Die Behauptung der Anfrage, daß die Belegschaft schon an der Arbeit war, beruhe auf einem Irrtum. Die Tatsache, daß der Kohlenstaubausbruch sich eine halbe Stunde nach dem Schießen ereignete, sei ein Verstoß, das sich in der jahrzehntelangen Bekämpfung solcher Ausbrüche nur ganz vereinzelt ereignet hat.

Die von dem Abg. Schwefel (Komm.) beantragte sofortige Besprechung der Anfrage kann nicht stattfinden, da sie von den Kommunisten selbst nicht genügend unterfüttert wird. Es folgt die zweite Lesung des

Staatsvertrages mit der evangelischen Landeskirche.

Abg. Dr. Ausländer (Komm.) beantragt hierzu die sofortige Abstimmung über einen kommunistischen Antrag, der die Auslegung der Debatte über den Staatsvertrag solange fordert, bis die Regierung Material über die finanzielle und politische Auswirkung vorgelegt habe.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Abg. Koch-Degnhausen (Dnat.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, aus der hervorgeht, daß die Deutschnationalen trotz schwerer Bedenken dem Vertrage zustimmen werden. Ein großer Teil seiner Fraktion halte insbesondere die politische Klausel für bedenklich. Bedauerlich sei, daß seinerzeit das Zentrum die gleichzeitige Verabschiedung des evangelischen Vertrages mit dem katholischen Konkordat verhindert habe. Dadurch seien die kirchenfeindlichen Kreise gestärkt worden.

Abg. Preße (Dt. Frakt.) erhebt ebenfalls gegen die politische Klausel Bedenken. Innerhalb seiner Fraktion sei die Stellungnahme zu dem Vertrag nicht einheitlich.

Abg. Benscheid (Komm.) lehnt unter heftigen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie den Kirchenvertrag ab.

Abg. Dr. von Campe (D. Sp.) erklärt, daß auch in seiner Fraktion die Stellung zu dem Vertrag keine einheitliche ist. Es sei zu prüfen, ob der evangelischen Kirche als Kulturform ersten Ranges vom Staate ihr Recht wird. Im Ausschuß habe Abg. Lauscher (Z.) sich in innere evangelische Fragen eingemischt. Die Mehrheit seiner Fraktion werde, wenn auch schweren Herzens, dem Vertrage zustimmen.

Abg. Dr. Causcher (Z.) protestiert dagegen, daß er sich habe in evangelische Fragen einmischen wollen. Das Zentrum habe sich in alter guter Tradition zurückgehalten.

Abg. Graue (Staatsp.) erklärt für seine Partei die Zustimmung zu dem Vertrag, weil er die besten Grundzüge eines späteren Liberalismus verkörpert.

Die Abgg. Hestermann (Wirtschp.) und Meyer-Hermsdorf (Christl. Soz.) stimmen dem Vertrage ebenfalls zu.

Abg. Lemert (Soz.) erklärt, daß die Sozialdemokraten sich entsprechend ihrer Haltung im Ausschuß die endgültige Entscheidung bis zur dritten Lesung vorbehalten und deshalb jetzt Enthaltungstendenzen abgeben werde.

In namentlicher Abstimmung wird Artikel 1 des Vertrages mit 169 gegen 37 Stimmen der Kommunisten und einiger Volksparteier bei 74 Enthaltungen der Sozialdemokraten angenommen. Mit ungefähr derselben Mehrheit und denselben Enthaltungen wird Artikel 2 in namentlicher Abstimmung angenommen, der den Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmt.

Es folgt die zweite Lesung des Pfarrerbefolgungs-gesetzes.

Abg. Dr. Ausländer (Komm.) wendet sich sehr scharf gegen die Vorlage.

Das Gesetz wird in namentlicher Abstimmung gegen die Kommunisten angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium und die Beteiligung Preußens an den Kosten der Arbeitslofenföhrung.

Internationale Arbeitszeitregelung.

Einigung über den Braunkohlenbergbau.

Genf, 11. Juni.

Nach ungemein schwierigen Verhandlungen, in deren Verlauf das Zustandekommen einer internationalen Konvention über die Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken mehrfach in Frage gestellt war, ist gestern in der Kohlenkommission der Internationalen Arbeitskonferenz eine Einigung bezüglich der Braunkohlenbergwerke erzielt worden.

Angelehnt des Widerstandes der Arbeitergruppe gegenüber dem deutschen Ueberstundenforderungen hatte die deutsche Regierungsdelegation gestern nachmittag einen neuen Antrag eingebracht. Die Regelung stellt sich nach den deutschen Anträgen nun so dar, daß im Braunkohlebergbau 75 wirtschaftliche Ueberstunden den Unternehmen durch die Behörden zur Verfügung gestellt werden können, daß die zuständigen Behörden weitere 75 Ueberstunden, für die aber tarifliche Vereinbarungen notwendig sind, zugestehen können. Diese zusätzlichen 75 Ueberstunden sind aber nur für solche Distrikte zulässig, wo besondere technische und geologische Ausbeuteverhältnisse vorliegen.

Für den Braunkohlebergbau sind gemäß den deutschen Anträgen 100 Ueberstunden ohne weiteres zulässig, 100 weitere Ueberstunden bedürfen der Zustimmung der Tarifparteien. Für den Braunkohlebergbau sowohl wie für den Tagebau ist vorgesehen, daß spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten der Konvention über die Möglichkeit einer weiteren Verminderung der Zahl der Ueberstunden beraten und beschloffen werden soll. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß gemäß dem Entwurf des internationalen Arbeitsamtes die Arbeitszeit im Braunkohlebergbau 7 1/2 Stunden, im Tagebau 8 Stunden betragen soll.

An der Annahme dieser Anträge wird nicht gezweifelt. Das Zustandekommen der Konvention scheint demnach gesichert zu sein.

Neuwahlen in Genf.

Hermann Müller wieder im Verwaltungsrat des I.A.M.

Genf, 11. Juni.

Gestern nachmittag wurde gemäß dem Statut der internationalen Arbeitsorganisation die Neuwahl für den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes für die nächsten Jahre vorgenommen. Wesentliche Veränderungen sind in der bisherigen Zusammensetzung nicht eingetreten. In der Regierungsgruppe wurde Dänemark an die Stelle Schwedens, Brasilien an die Stelle Argentiniens gemahlt. In der Arbeitgebergruppe ist an die Stelle des tschechoslowakischen Vertreters Hodac der dänische Vertreter Dörstel getreten. Deutschland ist im Verwaltungsrat durch Ministerialdirektor Dr. Weigert (Regierungsgruppe), Kommerzienrat Vogel (Arbeitgebergruppe) und den Reichstagsabgeordneten Hermann Müller (Arbeitnehmergruppe) vertreten.

Nationalsozialistische Schmutzfinfen.

Das Reichsbannerverkehrslokal von Samaxli in der Altensteiner Str. 23, unweit der Hufelandstr., war in der vergangenen Nacht das Ziel nationalsozialistischer Schmierkolonnen. Kurz nach 1 Uhr verließen die letzten Gäste die Gaststätte. Bald darauf mußten die Hitlergardisten im Dunkel der Nacht mit Teertöpfen angedrückt sein, um die drei Schilder des Restaurants mit großen Holentzungen zu beschmierern. Heißlich still und leise verschwanden sie auch wieder. Eine Zeitlang war in der Hufelandstraße Ruhe. Seitdem aber Nazi-Kollag, einer der Nordhaken, die zwei unserer Genossen in der Silvesternacht feige ermordeten, wieder in seinem „Sturm“ aufgetaucht ist, scheinen die Burschen eine erhöhte Aktivität beweisen zu wollen. Das Reichsbanner wird auf der Hut sein.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 1. Juni 2 629 971, was seit Mitte Mai eine Zunahme um 123 000 bedeutet.

Wetter für Berlin und Umgegend: Warm, teils heiter, teils wolfig und noch Reizung zu einzelnen Schauern, südwestliche bis westliche Winde. — Für Deutschland: Im Süden und Südosten beständig und trocken, im Norden und Nordosten noch einzelne Niederschläge, überall warm.

Verantwortl. für die Redaktion: Herbert Deppe, Berlin; Anzeigen: E. Glade, Berlin. Verlag: Fortwörter Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwörter Buchdruckerei und Verlagsanstalt Goussier & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage.

RSD.-Mann vor Gericht.

Ein Nachspiel zur Kundgebung auf der Toilette.

Wir berichteten kürzlich darüber, daß anlässlich der fristlosen Entlassung eines Mitgliedes des Arbeiterrats der Firma Karstadt, das der RSD. angehört, eine „große Protestkundgebung der RSD.“ — auf den Toiletten des Barenhauses veranstaltet wurde. Der entlassene Arbeiterrat klagte am Montag vor dem Arbeitsgericht gegen die Firma Karstadt. Als Mundanwalt hatte er sich einen jungen Mann der RSD. mitgebracht.

Zwischen dem Gerichtsvorstehenden und dem RSD.-Vertreter entspann sich zunächst ein interessantes Frage- und Antwortspiel. Die Frage, ob er öfter vor Gericht auftrat, verneinte der RSD.-Jüngling zunächst. Auf die Frage, ob er überhaupt noch nie vor Gericht aufgetreten sei, antwortete er verlegen mit Ja. Das sei aber in eigener Angelegenheit geschehen. Nachmals befragt, gab er zu, auch schon seine Frau vor Gericht vertreten zu haben und bei einem noch eindringlicheren Fragen des Vorstehenden entkam er sich darauf, auch schon einmal einem Freund vor Gericht Beistand geleistet zu haben. Die verneinende Antwort auf die Frage, ob er im Auftrage eines Verbandes sich der Klage des entlassenen Arbeiterrats angenommen habe, wollte er sogar beideln.

Jedem Anwesenden war es klar, daß er im Auftrage der RSD. erschienen war und seine „revolutionären“ Hintermänner nur verneinete. Der Vorstehende hatte offenbar Mitleid mit ihm und forschte ihn nicht weiter aus, denn wahrscheinlich hätte er sich noch auf mehrere „Freunde“ besonnen, für die er schon den RSD.-Mundanwalt gespieß hat. Der Kläger konnte nur von Glück sagen, daß er seine Klage zum größten Teil allein vertrat, denn außer dem Mut mangelte es diesem RSD.-Beistand auch an den arbeitsrechtlichen Kenntnissen. So wußte er z. B. nicht einmal, daß ein Vergleich nicht für berufsunfähig erklärt werden kann.

Das Glück war dem Kläger günstig. Das Gericht folgte seinen Angaben und trat nicht weiter in eine Beweishebung ein, weil die nachträgliche Zustimmung des Arbeiterrats zur Entlassung des Klägers vorlag. Es billigte ihm den Lohn von rund 160 Mark von der Zeit seiner Entlassung an bis zur Zustimmung des Arbeiterrats zur Entlassung und dem Ende der anschließenden Kündigungsfrist zu.

Sensationsmache um jeden Preis.

„12 Uhr Blatt“ von der Krafttag kräftig abgeführt.

Die „Krafttag“ (Kraftdrofchen-Aktiengesellschaft) stellt uns folgendes Schreiben zur Verfügung, das sie an die Redaktion des „12 Uhr Blatt“ gerichtet hat:

„In Ihrer Ausgabe vom Montag, dem 8. Juni d. J., Nr. 131, letzte Seite, bringen Sie unter der Überschrift: „Neue Lorenzstr. durch Benzinpreiserhöhung“ die falsche Meldung, daß wir mit Rücksicht auf die kürzlich stattgefundene Benzinpreiserhöhung unseren sämtlichen Chauffeuren gekündigt hätten und die Neueinstellungsverträge nur bei einer Beteiligung der Fahrer von 25 Proz. statt wie bisher 33 1/2 Proz. abschließen wollen.

Ihre Behauptungen entsprechen nach keiner Richtung hin der Wahrheit. Unsere Firma hat keinerlei Kündigungen der Fahrer aus dem von Ihnen erwähnten Anlaß heraus ausgesprochen. Unsere Firma denkt auch nicht daran, von sich aus auf das Ergebnis der Verhandlungen, die zwischen den Gewerkschaften und der Arbeitsgemeinschaft Berliner Kraftdrofchenverbände geführt werden sollen, durch Maßnahmen, wie Sie diese von uns fälschlicherweise behaupten, Einfluß zu nehmen. Wir stellen fernerhin fest, daß bis zum 30. Juni d. J. trotz der ausgesprochenen Kündigung der Lohnvereinbarungen die bisherigen Tarifverhältnisse für unsere Firma maßgebend sind.

Es ist uns jedenfalls unverständlich, wie Sie eine solche Nachricht, die Sie hinsichtlich ihres Inhalts bestimmt nicht nachkontrolliert haben, der Deffinitivität übergeben konnten.

Wir fordern Sie deshalb unter Hinweis auf § 11 des Pressegesetzes auf, in der nächsten Nummer Ihrer Zeitung an der gleichen Stelle und in derselben auffallenden Form eine Berichtigung vorstehenden Inhalts zu bringen.

Wir unterlassen nicht, darauf hinzuweisen, daß wir uns weitergehende Ansprüche vorbehalten müssen, da wir in der von Ihnen gebrachten Notiz eine schwere Schädigung des Rufes unserer Firma erblickten.

Zu dieser „dicken Zigarre“ der Krafttag zwei Bemerkungen: Es ist in der bürgerlichen Sensationspresse üblich, verantwortungslos falsche oder gefälschte Meldungen zu lancieren, die dann von der kommunistischen „Arbeiterpresse“ übernommen werden — wenn der Prozeß sich nicht in umgekehrter Richtung abspielt. Selbst sind die Herrschaften oft reaktionär bis auf die Knochen.

Unsere zweite Bemerkung richtet sich an die Krafttag. Die Krafttag erklärt zwar, sie denke nicht daran, die Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu beeinflussen. Sie müßte aber wissen, daß solche Verhandlungen gegenstandslos sind, nachdem die Innung erklärt hat, die Kündigung sei rechtsungültig.

Theater, Lichtspiele usw. Donnerst., 11. 6 Staats-Oper Unter d. Linden 283. A.-V. 20 Uhr Eine Nacht in Venedig Ende g. 22 1/2 Uhr	Donnerst., 11. 6 Städt. Oper Bismarckstr. Turnus II 20 Uhr Das Spitzentuch der Königin Ende n. 23 Uhr	Volksbühne Theater am Blöppelplatz. 8 Uhr Lumpazi-vagabundus Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr 100 000 Taler Staatsoper Am Pl. d. Republik 8 Uhr Madame Butterfly	Deutsches Theater 8 Uhr Route zum 100. Mai Der Hauptmann von Köpenick v. Carl Zuckmayer Regie: Heinz Hilpert Die Komödie Täglich 8 1/2 Uhr Dienst am Kunden von Carl Bött und Max Senow Regie: Hans Deppe Kurhürstendamm-Theater Bismarck 449 Geschlossen Montag, den 15. Juni, zum ersten Mal Die schöne Helena von Jacques Offenbach Regie: Max Reinhardt Gessing-Theater Täglich 8 1/2 Uhr Zum goldenen Anker Varetti, Tiedtke, Wiemann, Horny, Stössel, Faber, Walter. Metropol-Theater Täglich 8 1/2 Uhr Die Toni aus Wien Mady Christians, Michael Bohnen
Madame Butterfly Am Platz der Republik V.-B. 20 Uhr Madame Butterfly Offenb. Karnevalszeit Ende g. 22 1/2 Uhr	Staatl. Schauspiel. Im Gendarmenmarkt. 243. A.-V. 20 Uhr Agamemnon Ende n. 22 Uhr	Komische Oper Friedrichstr. 104 8 1/2 Uhr Frauen haben das gern... Musikal. Schwank von Arnold Musik v. Walt. Kollo Sommerpr. 0.50-7.00	Elite-Sänger Kottbuser Str. 6 Tägl. 8 1/2 U. Die große Karnevals-Neue Feste Läßt schloß Frauen um mich teil! von Harry Walden
Winter Garden 8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt Kirchweil am Tegernsee Rehla - Kumble - Bootz Krehan, Tucher & Co. urw.	Reichshallen-Theater Allabendlich 8 Uhr Stettiner Sänger Wiederankunft Paul Britton Zum Schluß der Schwank „Alles verrückt!“	KLEINE ANZEIGEN In der Gesamtauflage des „Vorwärts“ sind besonders wirksam und trotzdem sehr billig!	SCALA Tägl. 8 und 8 1/2 U. Edmond Fritz Singing Babies Max Wynn u. Buddy. 10 Dollars umk.
Rose-Garten Das erste Sommertheater Berlins! Wochent. 5 1/2 Uhr, Sonnt. 5 Uhr Großes Konzert und internationaler Varietéteil. Bisletzte Woche: Die Schwankoperette „Das Liebesverbot“. Ab 15. Juni vollständig neuer Varietéteil u. die Operette von Josef Soga: „Der Hutmacher Sr. Durchlaucht“.	Berliner Ulk-Trio Neukölln. Lahnstr. 74/75 I	Das P Vergnügungs Restaurant Berlins BETRIEB KEMPINSKI	Gr. Frankfurter Str. 152 E 7 Weichsel 3422 U-Bahn Strausberger Platz Billetkasse geöffnet von 11-1 und 4-9 Uhr.

Guido Thielscher ernst Stürme der Vegetationszeit im Rose-Theater „Der Jubel ist groß und berechtigt.“ (Tempo) Nur noch 14 Tage: „Der wahre Jakob“ Wochent. 8 1/2, Sonnt. 5 1/2 u. 9 Uhr	Elite-Sänger Kottbuser Str. 6 Tägl. 8 1/2 U. Die große Karnevals-Neue Feste Läßt schloß Frauen um mich teil! von Harry Walden	Reichshallen-Theater Allabendlich 8 Uhr Stettiner Sänger Wiederankunft Paul Britton Zum Schluß der Schwank „Alles verrückt!“	SCALA Tägl. 8 und 8 1/2 U. Edmond Fritz Singing Babies Max Wynn u. Buddy. 10 Dollars umk.
Rose-Garten Das erste Sommertheater Berlins! Wochent. 5 1/2 Uhr, Sonnt. 5 Uhr Großes Konzert und internationaler Varietéteil. Bisletzte Woche: Die Schwankoperette „Das Liebesverbot“. Ab 15. Juni vollständig neuer Varietéteil u. die Operette von Josef Soga: „Der Hutmacher Sr. Durchlaucht“.	Berliner Ulk-Trio Neukölln. Lahnstr. 74/75 I	Das P Vergnügungs Restaurant Berlins BETRIEB KEMPINSKI	Gr. Frankfurter Str. 152 E 7 Weichsel 3422 U-Bahn Strausberger Platz Billetkasse geöffnet von 11-1 und 4-9 Uhr.

Ruhrkinder wieder auf dem Lande!

Grundsätzliches zu einer Kritik / Von Eugen Lederer

Sobald offene Bitterung einsetzt, wird die zur Tradition gewordene Verschickungsaktion „erholungsbedürftiger“ Ruhrkinder in Landaufenthalt durchgeführt. Wie sehr hierbei die in der vorbeugenden Erholungs- und Gesundheitsfürsorge geltenden Grundsätze im Kern verletzt werden, ist in dem im „Abend“ vom 20. Mai und 11. November 1930 veröffentlichten Aufsätzen... bedante dich herzlich“ und „Ruhrkinder klagen an“ auf Grund tatsächlicher, nicht etwa nur in einem Landkreis festgestellter Vorkommnisse geschildert worden. Daß die fast unterschiedslos zum Nachteil der Kinder hervortretenden Mißstände mit der Verhinderung der Pflegeeltern gar nichts zu tun haben, sondern an den verschärften Arbeits-, den besonders drückenden Wirtschafts- und Lebensverhältnissen der kleinen Landwirte begründet sind, war deutlich ausgesprochen.

Von berufener Seite werden nun lediglich in Ansehung dieses oder jenes Einzelfalles die damaligen Ausführungen als „übertrieben“ bezeichnet. Aber den wesentlichen Gründen, weshalb bei der Pflegefamilie auf dem Lande die notwendigsten Voraussetzungen für eine verantwortliche Unterbringung „erholungsbedürftiger“ Kinder im allgemeinen überhaupt nicht gegeben sind, weshalb gegen die Entsendung von Stadtkindern aufs Land in der Regel dann nichts einzuwenden sein dürfte, wenn am Aufnahmeort eine örtliche Erholungs- und Gesundheitsfürsorgeeinrichtung besteht, von der die Kinder tagsüber erfaßt werden, warum den Kindern tatsächlich kein Erholungs- und Gesundheitsaufenthalt, sondern nur ein den Zweck der Landunterbringung zertüchtender Arbeitsaufenthalt seitens der kleinen Bauern gewährt werden kann, ist keineswegs nachgegangen worden. Soll etwa die Mitteilung, daß „auch teils recht schwer erziehbare Kinder entsandt werden, die auch in der Heimat den Eltern und sonstigen Erziehern viele Schwierigkeiten machen“, den Wert eines aus psychischen, pädagogischen, hygienischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen zu befreienden Unterbringungs-systems rechtfertigen? Das ist doch nur ein bedeutungsloses Argument, das scharf gegen die seit vielen Jahren wohllos geübte Ruhrkinderverschickung spricht.

Auch in dem weiteren Einwand, daß bei der augenblicklichen schwierigen Lage der Landaufenthalt für Kinder aus den Großstädten trotz mancherlei Unzulänglichkeiten sowie Vorteile bietet, daß dieses Werk, solange die große Arbeitslosigkeit anhält, nicht zum Erliegen kommen dürfe, kann, wie an späterer Stelle erkennbar wird, die Beibehaltung der Landunterbringung in Einzelpflegestellen keine Stütze finden.

Nach den Berichten der Entsendestellen sollen sich die in Landpflegestellen untergebrachten Kinder „durchweg gut erholt“ haben! Daß schlecht ernährte, im Wachstumsaalter befindliche Kinder im allgemeinen im Verlauf von 8, 10, 12 oder noch mehr Monaten unter dem Einfluß von Klimawechsel und veränderter Ernährungsweise äußerlich sich „erholen“ oder eine dem Wachstum proportionale Gewichtszunahme erzielen können, ist nicht weiter verwunderlich. Inwiefern aber das Gesamtbefinden der Kinder überhaupt gehoben wird, kann gar nicht beurteilt werden, weil meist nicht einmal der körperliche Befund bei der Entsendung und dem Eintreffen vor Antritt des Landaufenthalts, ferner während und nach Ablauf der Aufenthaltszeit festgestellt wird. In Ermangelung dieser Unterlagen ist es schwerlich möglich, die angeblich positive körperliche Förderung der Kinder, die ja nur bei nachgehender ärztlicher Kontrolle effektiv beweisbar ist, zu ermitteln.

Die von jeher unzureichenden Grundlagen für die Unterbringung erholungsbedürftiger Stadtkinder in bäuerlichen Pflegefamilien sind gegenüber den Vorjahren noch unzureichender geworden. Einer Meldung aus Perleberg „Ruhrkinder vermehrt“ war kürzlich zu entnehmen, daß auch in diesem Jahr „trotz der großen Not der Landwirtschaft“ Westpreigniger Landwirte sich bereit gefunden hatten, über 200 erholungsbedürftige Kinder aufzunehmen. Diese Darstellung erweckt den Eindruck, als ob die Aufnahmefamilien gewissermaßen ein „Opfer“ bringen würden. Demgegenüber ist allgemein festzustellen, daß die Ruhrkinder von den kleinen Bauern — und nur von diesen! — nicht trotz, sondern gerade wegen der wirtschaftlichen Not stark „gefragt“ sind. Niemand wird hieraus dem Landwirt, für den heute die Sorge um eigene Brot stärker denn je in den Vordergrund tritt, einen Vorwurf machen wollen. Aber auch niemand wird unter diesen Verhältnissen ernsthaft annehmen wollen, daß die Absicht oder der Wille bestimmt ist, Ruhrkinder aufzunehmen, um sie durch systematische Körperpflege und Ernährung zu kräftigen, um ihnen ein Milieu zu bereiten, durch das sie psychische und geistige Förderung erfahren können. Ein oder zwei Ruhrkinder bedeuten praktisch eben zwei oder vier Arme, die den Lohn für ein oder zwei jugendliche Arbeitsträfte einsparen helfen. Die Kinder müssen also nach wie vor als Feld- und Gartenarbeiter, als Kuh-, Schaf- und Gänsehüter, Futterknechte, Hausangestellte, Laufboten oder gar alles in einem Verwendung finden. Den vielfach durch die Arbeitslosigkeit der Eltern besonders schwer betroffenen Kindern wird aber niemals dadurch ein „Dienst“ erwiesen, daß sie ungeachtet der Grausamkeit ungeheurer Arbeitslosigkeit an Stelle jugendlicher Arbeiter als Arbeitsträfte auf dem Lande gebraucht werden.

Nicht durch die selbstverständlich sein sollende ärztliche Auswahl der Kinder, auch nicht durch die Behebung aller sonstigen schweren Mängel, die der Ruhrkinderverschickung die ganzen Jahre her anhaften, vielmehr nur durch die Einstellung der völlig verfehlten Aktion ist vorläufig der Weg dafür frei zu bekommen, daß auch die Ruhrkinder die gesundheits- und erziehungsfördernde Betreuung erfahren, der sie durch die Verschickung aufs Land in Einzelpflegestellen ohne Vorhandensein einer Erholungs- und Gesundheitsfürsorgeeinrichtung am Aufnahmeort entzogen werden. Das Verantwortungsbewußtsein gegenüber unserer Jugend erfordert, die sachlich gebotenen Folgerungen klar zu ziehen. Selbst wenn die in Not befindlichen Eltern ihre Kinder, nur um sie als „Eiser“ los zu sein, auch in denkbar ungeeignete Pflegefamilien geben wollten, so kann dies vom gesellschaftlichen, staats- und wirtschaftspolitischen Standpunkt aus nicht gebilligt werden. Hier haben andere Hilfsvorkehrungen Platz zu greifen. Niemals wird es aber zu verantworten sein, erholungs-

bedürftige, schwer erziehbare oder zur Arbeitsfähigkeit zu fördernde Kinder in ein Milieu zu geben, in dem sie ihren gesundheitlichen, geistigen und psychischen Entwicklungshemmungen entsprechend nicht willkommend und willensstärkend betreut, sondern in kaum wieder gut zu machender Weise vernachlässigt oder geschädigt werden. Durch vorbeugende, in einfachster Form durchgeführte örtliche Erholungs- und Gesundheitsfürsorge (Obst-, Gemüse-, Milchlecken, Gymnastik, Solbäder, Liege-, Luft- und Sonnenbädungen, Halb-, Ganz- und Mehrtagswanderungen, Sport- und Wertarbeitsstunden und dergl.) läßt sich ohne außerordentliche Aufwendungen meistens schon wesentliche Abhilfe schaffen.

Welche erholungs- und gesundheitsfördernden oder heilpädagogischen Faktoren im übrigen (Klimawechsel, Erholungs- und Kur-

heim, Kindergarten und Hort) zur Anwendung zu bringen sind, wird in jedem Falle der Arzt zu bestimmen haben. Hierbei soll man sich jedoch ganz besonders bemühen, daß jede auf die Jugendfürsorge heute falsch angewandte Sparsmaßnahme sich später einmal bitter rächen muß. Mehr denn je bedarf der in Nr. 6 der „Volkswohlfahrt“ vom 1. März 1931 abgedruckte Aufruf der Reichsarbeitsgemeinschaft für Jugenderholungs- und Heilfürsorge (Zehrag.) seitens aller die Jugendwohlfahrtsaufgaben durchführenden Stellen tatbereiter Beherzigung: „Vorbeugende Gesundheitsfürsorge in Form differenzierter Erholungs- und Gesundheitsfürsorge ist die Voraussetzung für eine Bewahrung der heranwachsenden Jugend vor schwerem gesundheitlichem Schaden und für die Entwicklung von leistungsfähigen Gliedern des deutschen Volks- und Wirtschaftslebens.“

Der Schulschwänzer

Ein Menschenschicksal / Mitgeteilt von C. Dank

Kurt K. ist ein mäßig begabter, träger, zu geistiger Arbeit nie aufgelegter, körperlich aber gut entwickelter Junge. Er ist zurückhaltend im Wesen, oft beinahe scheu, gutmütig und im ganzen mäßig und anhänglich. Gelegentlich nimmt er teil an kleinen Raufereien, dummen Streichen seiner Mitschüler, die sich gegen Schule oder Lehrer richten; aber schwerere Charakterfehler waren bei ihm nicht aufgefallen. Typisch ist seine Neigung zum Schulschwänzen, die sich allerdings erst in den beiden letzten Schuljahren herausbildete.

Zunächst fehlte er unvermittelt einen Tag. Am nächsten brachte er eine schriftliche Entschuldigung, angeblich von der Mutter geschrieben, in der Kopfschmerzen als Fehlgrund angegeben waren. Bald darauf fehlte er zwei Tage und brachte wiederum einen ähnlichen Zettel mit. Schließlich blieb er einmal eine ganze Woche aus. Die Schrift der Entschuldigungszeit war dem Lehrer durch ihre ungelentken Züge aufgefallen; außerdem war der Junge auf der Straße gesehen worden, und so entschloß sich der Lehrer zu einem Hausbesuch.

Eine Proletarierwohnung in einer Mietkaserne des Hafenviertels, eng, düstert, unordentlich. Wäschegeruch aus der Küche (eine verheiratete Schwester mit kleinen Kindern wohnte mit in der Wohnung). Der Vater wachte von dem Fehlen seines Sohnes kein Sterbenswort, die Mutter, die das Gespräch von der Küche aus mit aufging, ebenförmig.

„Kannst du Kurt ist doch gesund wie'n Fisch im Wasser. Ist im Leben nicht krank gewesen. Ist mittags immer pünktlich nach Haus gekommen. Schlag halb zwei, wenn seine Schwester aus der Schule kam (sie besuchte eine andere Schule), war er auch da. Na, herr Lehrer, ich werde ihn mir mal vornehmen, wenn er nach Hause kommt. Die Abreibung ist ihm sicher.“

Am nächsten Tag erscheint Kurt kleinlaut in der Schule.
 „Wo hast du gesteckt, Junge?“
 „Im Hafen.“
 „Den ganzen Tag?“
 „Ne, morgens. Mittags bin ich nach Haus gekommen, nachmittags wieder hin.“
 „Und die Entschuldigung?“
 „Hab ich selbst geschrieben.“
 „Warum hast du die Schule geschwänzt?“
 Darauf keine Antwort.
 „Hast du keine Schularbeit gehabt und bist aus Furcht vor Strafe weggeblieben?“

Es ist nichts Rechtes aus ihm herauszubekommen. Aber man muß schon sagen, er hat die Sache raffiniert angefangen. Der erste Fechttag mit der selbstgeschriebenen Entschuldigung war der Versuch, Schulballon. Und da günstiger Wind wehte, nahm die Bummel ihren Fortgang. Heftige Bedrohungen und körperliche Strafen wurden vermieden; Schulangst hat ja schon manches Kind auf Abwege getrieben. Die Strafe bestand einzig darin, daß Kurt alle verläumten Hausarbeiten nachzuholen hatte.

Langsam ging alles gut. Und dann fehlte Kurt eines Tages wieder, und nichts Gutes ahnend machte der Lehrer sogleich wieder einen Hausbesuch. Es war die alte Geschichte. Der Junge trieb sich herum und verbarg sein Schwänzen durch das pünktliche Eintreffen zur Mittagszeit.

Dem Vater war der zweite Lehrerbefuch peinlich. „Eigentlich kann der Junge nichts dafür“, meinte er entschuldigend. „Er hat es von mir. Ich war in meiner Jugend auch so ein Schulschwänzer. Wissen Sie, fünf Stunden lang saß in der Bank sitzen, das war nichts für mich. Ich meinte, ich müßte verrecken vor Langeweile. Und wenn dann noch schönes Wetter war, dann konnten mich keine zehn Pferde in der Schule halten. Senge habe ich getrieben nach der schweren Not, aber geholfen hat sie nichts.“

Jahre später bekam der Lehrer einmal Besuch von einem jungen Menschen in Arbeitskleidung mit verrücktem Gesicht. Es war Kurt K.

„Ich komme gerade hier vorbei“, sagte er, „und da wollte ich doch meinen früheren Lehrer mal besuchen.“
 „Das ist ja nett von dir, Kurt, aber ich dachte, du hättest nichts für mich übrig.“
 „Wieso?“
 „Weil du früher jede Gelegenheit gesucht hast, Unterricht und Schule zu schwänzen.“
 „Ach, das war früher“, sagte Kurt leichthin. „Mir war es in der Schule zu langweilig.“ Er sagte das offenherzig und ohne Verlegenheit. „Jetzt habe ich es besser. Ich fahre Auto.“
 Nun, dieses Auto erwies sich als ein bescheidenes Piepermödelchen, mit welchem Kurt für seine Firma ausgebesserte Schuhe

an die Kundschaft zu bringen hatte. Und dieses Herumgondeln in der Gegend gefiel ihm in seinem Freiheitsbedürfnis offenbar. Selbst die Sommerhitze und mancherlei Pannen konnten ihn nicht verdriegen. Allerdings war er erst vier Wochen dabei.

„Es hat mich gefreut, Kurt, daß du deinen früheren Lehrer nicht vergessen hast. Aber nun wird es bei deinem Zeit, daß du wieder in's Geschäft kommst, es ist gleich Feierabend.“

„Das will ich ja gar nicht“, erwiderte Kurt mit pfiffigem Gesicht und steckte sich eine frische Zigarette an. „Je später ich zurückkomme, desto mehr Zeit kann ich mir als Ueberstunden ansprechen, und jede Stunde macht 70 Pfennig.“

Wirklich brachte er es fertig, mit allerlei Anekdoten aus seinem Berufsleben nach eine halbe Stunde hinzubringen, ehe er endlich aufbrach. War er nun aus dem Gefühl der Anhänglichkeit oder aus nüchternen Berechnung zu seinem früheren Lehrer gekommen? Zweifellos war es ihm eine Gewohnheitsfrage geworden, Ueberstunden zu schinden, wie man so sagte. Er handelte genau wie früher aus der gleichen Mischung von Naivität und Raffiniertheit, wozu sich dann eine bedenkliche Willensschwäche gesellte.

Das drittemal begegnete er seinem Lehrer, als der mit einer Reihe Berufskollegen die örtliche Strafanstalt besichtigte. Kurt stand in Sträflingskleidung auf dem Gefängnishof inmitten einer Kolonne Außenarbeiter, die zur Feldarbeit geführt wurde. Seinen Lehrer sehen und anrufen war eins; er strahlte dabei über das ganze Gesicht in naiver Freude des Wiedersehens.

Kurt hatte eine Urkundenfälschung begangen, höchstwahrscheinlich mit derselben Leichtfertigkeit, mit der er seine Entschuldigungen schrieb oder Ueberstunden suchte. Ererbte Willensschwäche hatte ihn auf diese Bahn getrieben, auf welcher Elternhaus und Schule keine hemmenden Faktoren einzuschalten vermochten. Die Erbmalte bestimmte das Wesentliche seines Handelns und seines Geschicks. Nur unter ganz besonderen Vorbedingungen wird er künftig vor dem Straucheln bewahrt bleiben. Er braucht eine feste Hand, die ihn leitet; Beschäftigungsarten die seiner Selbstständigkeit zu viel Spielraum lassen, verleiten ihn zu Unrechlichkeiten. Und die stumpfsinnige, Tag für Tag sich gleichbleibende Eintönigkeit der Arbeit scheint ihm gleichfalls verderblich; er liebt die Abwechslung. Aber pflegt das Leben seine Stiefkinder mit so einsichtiger Weisheit zu behandeln?

Studienfahrten

Was ein Vater sagt

Zu unserem Artikel „Studienfahrten — Schüler der Karl-Marx-Schule berichten“ wird uns von einem Vater geschrieben:

In meiner Kindheit zeigten wir mit dem Zeitgeist auf unsere Städte, Ströme, Gebirge und auf die Grenzen mit den Ländern, welche dahinter lagen. — — —

Für viele war es uninteressant, — es war ja alles so weit, und man mußte schon reiche Leute sein, um das alles sehen zu können.

Nur den Träumern war es möglich, in die Ferne zu schweifen, auf den Schnellbahnen der Gedanken. — Und erschrockene Kinder-Augen schauten dann oft nach einer Frage zu dem Lehrer empor; sie wußten nichts, gar nichts. Wie sollten sie auch im Augenblick wissen, wo Lissabon ist, wo sie doch eben noch im Bergwald mit wilden Tieren kämpften und die blaue Blume der Sehnacht blühen sahen. So war es in meiner Kindheitszeit, unser Vaterland hat sich in vielem geändert.

Mein Junge war elf Jahre alt, als sein Lehrer mit den Kindern und Eltern beschloß, eine dreiwöchige Fahrt ins Sauerland zu machen.

Groß war die Angst mancher Mutter, groß auch das finanzielle Opfer mancher Arbeitereltern, das Reisegeld aufzubringen, — aber es wurde geschafft, kein Kind blieb zurück, und selbständiger, innerlich gereifter und froher kamen sie nach Hause, jahrelang von ihren Eindrücken zehrend.

Trotz ihrer vielen Fahrten kreuz und quer durch Deutschland ist die Sehnacht der jetzt Sechzehnjährigen nicht geringer geworden, sie wollen in ihren letzten beiden Schuljahren sogar noch einen Teil Englands und Frankreichs kennen lernen.

Man möge mir nur nicht sagen, daß dies nur anschaulicherer, interessanterer Erdbundeunterricht sei, nein, dieses gemeinschaftliche Reisen einer ganzen Schulkasse läßt allen Vernunft besser reifen. Land und Leute lernten sie kennen und verstehen, und wir Eltern freuen uns mit ihnen und wünschen, daß alle Kulturvölker ihre Kinder so reisen ließen; engbegrenzte Horizonte gäbe es dann nicht mehr so viele, wie es sie heute leider noch gibt.

Rudolf Adameit, Vatermeister.

